Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die 5-spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Stadt und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 40 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 226 — Sonntag, den 27. September 1931 — 26. Jahrgang

Dauerberatungen und wenig Ergebnisse

Neue Notverordnung Mitte nächster Woche — Entschuldungsaktion für die Gemeinden — Um die Herabsetzung der Großpensionen

Berlin, 25. Sept. Das Reichskabinett ist mittags wieder zusammengetreten, um die Beratungen über das Herbstprogramm fortzusetzen. Den Vormittag haben die Ressorts benutzt, um die Fragen weiter zu klären, in denen sich gestern noch Schwierigkeiten zeigten. Das wichtigste Ergebnis der gestrigen Beratungen dürfte in einer Verständigung über die Entschuldung der Gemeinden zu suchen sein. Der hierfür gefundenen Lösung kommt insofern auch eine gewisse grundsätzliche Bedeutung zu, als die Entschuldungsaktion nicht von den Ländern, sondern vom Reich durchgeführt werden wird. Der Kanzler hatte heute vormittag auch eine Unterredung mit dem Präsidenten des Verbandes der preußischen Landgemeinden, Abg. Dr. Gerecke, um ihn über die Beschlüsse des Kabinetts zu informieren. Mit den meisten der anderen Fragen ist das Kabinett gestern noch nicht fertig geworden. So muß z. B. auch das Projekt der Kleinsiedelung noch weiterberaten werden. Ebenso ist die umstrittenste der zur Behandlung stehenden Fragen, die Senkung der Hauszinssteuer noch nicht erledigt. Auch die Senkung und Herabsetzung der großen Pensionen scheint jetzt wieder stärkeren verfassungsrechtlichen Bedenken zu begegnen, so daß noch keineswegs feststeht, ob das Kabinett sie beschließen wird. Schließlich scheinen sich die Nachrichten zu bestätigen, daß eine Zusammenlegung von Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge noch nicht zu erwarten ist. Der Schwerpunkt der Arbeitslosenfürsorge liegt in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, in deren Vorstand seit gestern Verhandlungen stattfinden, welche Maßnahmen einem zu erwartenden Defizit entgegengestellt werden können. Man rechnet nun damit, daß die Beratung des Herbstprogramms noch mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, so daß es kaum vor Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche fertig werden dürfte.

Vorläufig keine Zolldebatte im Reichskabinett

Über Agrardebatte im Reichstag

Berlin, 25. September. Mit einer Beratung der Agrarfragen im Reichskabinett ist in den nächsten Wochen nicht zu rechnen. Von Zollwünschen wird von den Organen der Landwirtschaft im wesentlichen nur die Erhöhung des Butterzolles betrieben. Die Landvolkfraktion hat beantragt, das nachweisbar vorhandene Mißverhältnis zwischen dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den übrigen Indizes auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 28. März durch entsprechende Erhöhung des Butterzolles zu beseitigen. Wir glauben versichern zu können, daß Minister Schiele für die nächsten Wochen nicht beabsichtigt in dieser Frage wieder eine stärkere Aktivität zu entwickeln. Die Reichsregierung will, nachdem jetzt der Antrag des Landvolkes vorliegt, diese Frage dem Reichstag selbst zur Entscheidung überlassen. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß neben der innen- und außenpolitischen Debatte im Reichstag auch eine Aussprache über Agrarfragen stattfinden wird. Das Landvolk wird eine solche Aussprache verlangen und sich dann dafür einsetzen, daß sein Antrag der Ausschußberatung überwiesen wird. Der Antrag des Landvolkes wiederholt nicht die alte Forderung einer Verdoppelung des Butterzolles, sondern beschränkt sich absichtlich auf das Verlangen, entsprechend dem Ermächtigungsgesetz das Mißverhältnis beim Index zu beseitigen. Man glaubt, für diese Forderung im Reichstag eine breitere Front schaffen zu können. Auch sonst scheint man beim Landvolk geneigt zu sein, möglichste Zurückhaltung zu üben und zurzeit weitere Zollforderungen nicht zu erheben. Die maßgebenden Kreise des Landvolks sind der Auffassung, daß es augenblicklich nicht zweckmäßig wäre, unerfüllbare Forderungen zu stellen, und daß überhaupt mit Zollerhöhungen der Landwirtschaft keine große Hilfe mehr gebracht werden könne. Wichtig sei für die Landwirtschaft der Schutz der nationalen Arbeit durch eine entsprechende Handhabung der Devisenbewirtschaftung und Senkung der öffentlichen Lasten, namentlich der zwangsläufigen Ausgaben. Ob es im Reichstag über die Frage des Butterzolles zu einer Entscheidung kommt, ist allerdings sehr zweifelhaft. Es ist möglich, daß bis zu dem Zeitpunkt der Beendigung der Ausschußverhandlungen über den Butterzoll das Reichstagsplenum schon wieder vertagt ist. In diesem Falle würde es wieder Sache der Reichsregierung sein, auf Grund der Stellungnahme des Ausschusses die Initiative zu entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Curtius beim Kanzler

Die Vorbereitung des französischen Besuches — Der Aufbau des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses

Berlin, 25. Sept. Reichsminister Dr. Curtius hat sich um 11 Uhr in die Reichskanzlei begeben, um sich, wie angekündigt, mit Dr. Brüning auszusprechen. Irgendwelche für die Oeffentlichkeit bestimmte Ergebnisse werden von dieser Unterredung jedoch nicht erwartet, vielmehr rechnet man damit, daß eine Entscheidung erst nach der Kabinettssitzung am Dienstag fallen wird. Im Augenblick konzentriert sich das Interesse auf den französischen Besuch, für den die Vorbereitungen im Gange sind. Sie dürften sich auch bereits auf die Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission erstrecken, die ministeriellen Charakter haben, aber durch die Zuziehung führender Wirtschaftler ergänzt wird. Man glaubt, daß dieser Ausschuß, der das sichtbare Ergebnis des Berliner Besuches bilden wird, sich für die praktische Arbeit noch in Unterkommissionen zergliedern dürfte. In ihnen werden Spezialsachverständige die Einzelfragen der verschiedenen Gebiete behandeln, so die industriellen, die finanziellen und die Bankprobleme, die Verkehrsfragen usw. Der Sinn des Besuches ist eben, daß die deutsch-französische Annäherung jetzt von der wirtschaftlichen Seite gefördert werden soll. Dagegen werden die politischen Fragen, für die nach allgemeiner Ansicht schon rein stimmungsmäßig im Augenblick keine Lösungsmöglichkeit zu sehen sind, in den Berliner Unterredungen zurücktreten.

Pfundkrise und Reichsmark

Berlin, 26. Sept. Die Bemerkung des Reichskanzlers in seiner Rede auf dem Empfang zu Ehren des Geheimrats Auisberg über geplante Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit der Pfundkrise sollen, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, keineswegs etwa bedeuten, die Reichsregierung wolle die Mark an das englische Pfund anhängen. Im Gegenteil bleibt die Regierung fest in ihrem Willen, keinerlei inflatorische Tendenzen aufkommen zu lassen.

Das Ende der „Kriegsverbrecherliste"

Zum Empfang der französischen Minister durch Hindenburg

Berlin, 25. Sept. Die Angelegenheit der sogenannten Kriegsverbrecherliste, auf der auch der Name des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg steht, und die deshalb aus Anlaß des bevorstehenden Besuches der französischen Minister wieder in die Diskussion gestellt worden ist, hat inzwischen ihre Erledigung erfahren. Nach einer Pariser Korrespondenzmeldung ist der Quai d'Orsay von journalistischer Seite befragt worden, wie man sich dort gegenwärtig zu dieser Liste einstellt. Darauf ist die Antwort erteilt worden, daß man bei der französischen Regierung keinen Wert mehr auf diese Angelegenheit lege und daß die Liste als unnütz ist gelten könne. Es scheint sich dabei zwar nicht um eine hochoffizielle Regierungserklärung zu handeln, immerhin aber um eine Auskunft der zuständigen französischen Stelle.

Die Frage an den Quai d'Orsay ist, wie erwähnt, von journalistischer Seite gestellt worden, denn die Reichsregierung würde selbstverständlich eine solche Frage niemals stellen, da sie es als unter der Würde des Reichspräsidenten betrachtet, auf diese Liste überhaupt jemals zu sprechen zu kommen.

Die Frage der „Kriegsverbrecherliste" ist dadurch wieder aktuell geworden, daß Reichspräsident von Hindenburg sich auf französischen Wunsch hin bereit erklärt hat, Laval und Briand zu empfangen.

Die Begleiter der französischen Staatsmänner

Paris, 26. Sept. Mit dem Zuge, mit dem Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand heute um 16.25 Uhr Paris verlassen, werden auch 32 Pressevertreter fahren. Für die Minister und ihr Gefolge sind zwei Wagen vorgesehen. Es werden u. a. der Generalsekretär des Außenministeriums, Philippe Berthelot, der Kabinettschef Briands, Leger, und der Kabinettschef Lavals, Monier, ferner Professor Hesnard fahren, der seit Jahren als Dolmetscher Briands tätig ist.

Erster Besuch des neuen französischen Botschafters bei Dr. Curtius

Berlin, 25. Sept. Wie wir erfahren, hat der neue französische Botschafter Francois Poncet dem Reichsaußenminister heute nachmittag seinen ersten Besuch gemacht. Dr. Curtius hat ihn kurz darauf erwidert.

Keine Erhöhung der Umsatzsteuer beabsichtigt

Berlin, 25. Sept. Zu den in der Presse umlaufenden Gerüchten, das Reichskabinett habe gestern die Frage der Erhöhung der Umsatzsteuer erörtert, erfahren wir, daß im Reichskabinett von einer Erhöhung der Umsatzsteuer nichts bekannt ist.

Konferenz der Innenminister

Berlin, 26. Sept. Die Innenminister der Länder treten, dem „Lokalanzeiger" zufolge, heute zu einer Besprechung im Reichsinnenministerium unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Wirth zusammen. Es handelt sich um eine der üblichen Konferenzen zur Erledigung laufender Angelegenheiten. In der heutigen Konferenz dürften die für den Winter sich ergebenden Hilfsmaßnahmen und der Einzelbestimmungen der großen Notverordnung, besonders die Frage der Handhabung der geplanten Sondergerichte zur schnellen Aburteilung von Gewaltakten und Ausschreitungen besprochen werden.

Die DVP. dementiert

Berlin, 25. Sept. Zu der verschiedentlich in der Presse aufgestellten Behauptung, Dr. Dingeldey habe den Wunsch, in das Reichskabinett einzutreten, wird von volksparteilicher Seite mitgeteilt, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspricht.

Reichsparteileitung der NSDAP. verbietet antifranzösische Kundgebungen

München, 25. Sept. Die Reichsparteileitung der NSDAP. hat allen ihren Angehörigen die Teilnahme an etwaigen Kundgebungen gegen die französischen Minister verboten. Jede Zuwiderhandlung wird mit dem sofortigen Ausschluß aus der Partei bestraft. Der „Völkische Beobachter", der das Verbot veröffentlicht, fügt ihm eine Meldung der Parteileitung hinzu, in der davon die Rede ist, daß solche Kundgebungen nur von Provokateuren inszeniert werden könnten, um dadurch Gründe zum Vorgehen gegen die NSDAP. zu schaffen.

Die Vertreter der Kommunen beim Reichskanzler

Berlin, 25. Sept. Wie wir erfahren, hat der Kanzler heute vormittag außer dem Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages auch die führenden Persönlichkeiten des Deutschen Städtetages empfangen, um mit ihnen die finanzielle Lage der Gemeinden zu erörtern.

Zollerhöhungen in Italien

Rom, 25. Sept. Zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt hat die Regierung beschlossen, die Einfuhr solcher Waren, die nicht unter die Reisewegünstigungsklausel fallen, mit einem Zollaufschlag von 15 Prozent zu belegen. Für aus dem Boden gewonnene Brennmaterialien soll der Zuschlag nur 10 Prozent betragen. Bestehende Verträge sind, wie die Agenzia Stefani meldet, eingehalten worden.

Überreichung der amerikanischen Einladung in Paris

Paris, 25. Sept. Heute nachmittag hat der amerikanische Botschafter Edge Ministerpräsident Laval die offizielle Einladung des Präsidenten Hoover überbracht. Das Schreiben lautet: Auf Weisung des Herrn Staatssekretärs habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sehr glücklich wäre, wenn es Ihnen genehm sein würde, ihm einen Besuch abzustatten. Der Präsident nimmt an, daß diese Gelegenheit, persönlich Ihre Bekanntschaft zu machen und mit Ihnen direkt zu sprechen, von größter Wichtigkeit wäre. — Ministerpräsident Laval hat die Einladung mit folgendem Schreiben an Botschafter Edge beantwortet: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Herrn Staatssekretär meinen Dank für die Einladung übermitteln, die er mir seitens des Präsidenten der Vereinigten Staaten zukommen ließ. Ich werde mich sehr gerne nach Washington begeben und dort persönlich mit Präsident Hoover verhandeln.

SLUB
Wir führen Wissen.